S-01-093

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen - Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu S-01

Von Zeile 93 bis 100:
Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Doch die zunehmende soziale Ungleichheit und hetzerisch geführte Debatten, spalten unsere Gesellschaft, heizen die Stimmung auf und verunsichern uns alle. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen sind immer noch in besonderer Form von Gewalt betroffen – sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum. Rassismus ist immer noch alltäglich und resultiert oft in Gewalt. Geflüchtete, Homosexuelle, Trans*- und Inter*Personen sowie Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Vielen Menschen macht zurecht die hohe Zahl der Einbrüche Angst. Religiös oder politisch motivierte Anschläge sind Angriffe auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

~~Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen können sich in der Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homosexuelle, sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Vielen Menschen macht zurecht die hohe Zahl der Einbrüche Angst.~~ Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert.

Begründung

Wir Grüne nehmen in Anspruch, der Gegenentwurf zur AfD und dem zunehmenden Rechtsruck in der Gesellschaft zu sein. Daher sind wir in der Pflicht uns in Debatten klar von rechtspopulistischen Argumentationen und Frames abzugrenzen – Das bedeutet in der sicherheitspolitischen Debatte mit Augenmaß zu handeln und eine Alternative für all jene Wähler*innen zu bieten, die eine vernünftige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wollen. Momentan bedienen die Formulierungen leider nicht nur Vorurteile und Unsicherheiten, die in unserer Gesellschaft vorliegen – sie schüren auch Ängste. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahre, die Vorfälle an Silvester in Köln und elendige Debatten um eine angebliche „deutsche Leitkultur“ werden im öffentlichen Diskurs stark durch rechts(-konservative) Ansichten geprägt. Es kann nicht unser Ziel sein auf diese populistische Stimmungsmache aufzuspringen. Wer hierzu ein Gegengewicht bilden will – und das ist guter Grüner Anspruch – muss dies auch klar und deutlich tun. Die neuen Formulierungen werden diesem Anspruch gerechter.

Unterstützer*innen

David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Philipp Ahrens (Berlin-Lichtenberg KV); Lukas Uhde (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV)